



23. Informationsblatt der KPF Brandenburg

Juli 2016

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde,

das 23. Informationsblatt des Landeskoordinierungsrates der KPF Brandenburg ist fertig gestellt. Wir übergeben Euch mit diesem Informationsblatt den von Genossen Herbert Meißner auf der Landeskonzferenz der KPF Brandenburg am 11. Juni gehaltenen Vortrag zum Thema "Die aktuell geopolitische Situation - Gefahren und Chancen". Auch mit der Behandlung dieser Thematik gibt die KPF Brandenburg weitere Diskussionsangebote und Denkanstöße in der Erörterung möglicher Schritte und Überlegungen auf dem Weg zu einer friedlichen, humanistischen und ausbeutungsfreien Welt.

Desweiteren übergeben wir Euch noch einmal angesichts der hohen Aktualität den von Genossin Ellen Brombacher und Genossen Wolfgang Gehrke initiierten Beschluss des Magdeburger Parteitags "Frieden mit Russland - Verständigung in Europa - Nein zu Faschismus und Krieg" als Argumentationsgrundlage.

Mit solidarischen Grüßen

Bodo Hinkel

Sprecher

Die aktuelle geopolitische Situation – Gefahren und Chancen

Vortrag von Prof. Dr. Herbert Meißner auf der Landeskonferenz der KPF-Brandenburg der Partei DIE LINKE am 11. Juni 2016 in Potsdam

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde!

Nach dem II. Weltkrieg konnte viele Jahrzehnte verhindert werden, dass ein neuer großer Krieg ausbricht. Zu dieser Friedenserhaltung hat die Deutsche Demokratische Republik einen weltpolitisch bedeutsamen Beitrag geleistet!

Heute leben wir wieder in einer krisengeschüttelten Welt mit vielerlei Kriegsschauplätzen. Mehr noch: die Gefahr eines neuen großen Krieges ist nicht völlig auszuschließen.

Wir kennen die heutigen Brandherde. Die im Nahen und Mittleren Osten ausgebrochenen Bürgerkriege, die mehrere Länder umfassen, sowie die gesamte Destabilisierung dieses arabischen Raumes wurde ausgelöst durch den mit einer großen Kriegslüge begonnenen Überfall der USA unter Bush auf den Irak.

In Kiew wurde von konservativen neofaschistischen und von den Westmächten gelenkten Kräften mit Barrikaden, Brandschatzung und militärischer Gewalt ein Staatsstreich durchgeführt, was zu bürgerkriegsartigen Gewaltakten in der Ostukraine führte.

In Israel versucht ein kriegslüsterner Regierungschef mit seiner Clique das palästinensische Volk zu kolonialisieren und einen Krieg gegen Iran zu provozieren.

Im Schatten dieser Konflikte führt der türkische Staatschef seinen Krieg gegen kurdischstämmige türkische Bevölkerungsteile.

Niemand kann garantieren, dass sich diese vielfältigen Konflikte nicht zu einem weltweiten Desaster ausbreiten.

Natürlich liegen diesen Konflikten jeweils unterschiedliche geopolitische, wirtschaftliche, nationale u. a. Interessen zu Grunde. Aber wir sollten uns dessen bewusst bleiben, dass hinter all diesen Erscheinungsformen

letztlich eine Hauptursache steht: das diesem System immanente Profitstreben.

Hier schließt sich der Kreis. Kapitalistische Eigentumsverhältnisse, in welcher nationaler, historischer oder auch religiöser Ausprägung auch immer, führen gesetzmäßig zur Profitmaximierung. Maximalprofit realisiert sich durch globale Aneignung oder Nutzung aller verfügbaren Ressourcen. Das erfordert die Herrschaft über die entsprechenden Regionen – und diese Herrschaft wird durch militärische Bedrohung oder Anwendung militärischer Gewalt angestrebt.

Und wir wissen auch, dass in den meisten dieser Konflikte der USA-Imperialismus mit seinen Geheimdiensten und der von ihm kommandierten NATO aus dem Hintergrund die Fäden zog und zieht. Dabei geht es weder um Menschenrechte, Demokratie oder Volksinteressen – es geht um Öl, um Gas, um seltene Erden, um Elektrizität, Bodenschätze und Transportwege!

Wer hieran Zweifel hat, der lese nach, was im Mai 1997 in einer offiziellen Verlautbarung der USA-Regierung steht: sie sei zu militärischen Interventionen verpflichtet, "wenn es um die Sicherung des uneingeschränkten Zugangs zu den Schlüsselmärkten, Energievorräten und strategischen Ressourcen geht".

Über die daraus resultierenden Gefahren für die internationale Völkergemeinschaft ist in den vergangenen Jahren viel gesprochen und geschrieben worden. Es gibt wertvolle Analysen und wichtige Bücher darüber. Diese Zusammenhänge müssen heute hier nicht neu bewiesen werden.

Aber etwas anderes ist mir wichtig. Bei Vorträgen, auf Konferenzen und in Gesprächen begegnet mir mehrfach eine gewisse Skepsis, ein Fatalismus oder auch sogar Pessimismus – entstehend aus der Frage: Was tun? Wo ist der Ausweg? Wie soll man dieser gewaltigen Wirtschaftsmacht der USA mit ihren imperialistischen Verbündeten und der Kriegsmaschine NATO standhalten? Diesen zweifelnden Fragen liegt zumeist der Blick auf die hochentwickelten Industriestaaten zugrunde, in denen tatsächlich das imperialistische Herrschaftssystem eine unerhörte Stärke erreicht hat. Hier nun muss unser von Marx geprägtes dialektisches Denken einsetzen. Dialektik bedeutet - vereinfacht ausgedrückt - zu erkennen, dass alle Entwicklung durch den Kampf der allem inne-

wohnenden Widersprüche bewirkt wird. Die Entfaltung der Widersprüche ist die Triebkraft jeder Bewegung, Entwicklung und Veränderung. Daher ermöglicht dialektisches Denken einen präziseren Blick auf alles Geschehen. Die Dialektik des geschichtlichen Prozesses ist zu erkennen und zu hinterfragen.

Das führt zu der Frage, ob nicht das imperialistische Herrschaftsstreben auch innere Widersprüche enthält, ob nicht dieser Haupttendenz eine Gegenteilstendenz gegenüber steht? Wurzelt nicht diese imperialistische Aggressivität – siehe auch Osterweiterung der NATO – mit ihren Bedrohungen nicht nur in der noch vorhandenen Überlegenheit, sondern auch in der Sorge um die Aufrechterhaltung dieser Überlegenheit, in der Sorge um den Verlust von Einfluss in der Weltentwicklung?

In der Tat: es gibt zu dieser gefährlichen Haupttendenz eine Gegenteilstendenz. Das wird deutlich, wenn man betrachtet, auf wie viel verschiedenen Konfliktfeldern in den vergangenen vier bis fünf Jahrzehnten die USA-Strategie gescheitert ist, in wie viel Fällen die USA zur Änderung ihrer Taktik gezwungen wurden, auf welchen Gebieten sie Verluste ihres Einflusses hinnehmen mussten. Diesen Entwicklungen unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden und sie als historisch wirksame Gegenteilstendenz gegenüber den imperialistischen strategischen Planungen zu erkennen, ist eine wichtige Aufgabe.

Schauen wir uns das ganz konkret an. 1954 wurden in Vietnam die französischen Kolonialherren in der berühmten Schlacht bei Dien Bien Phu aus dem Lande vertrieben. Aber 1965 rückten USA-Truppen ein und führten einen erbarmungslosen Krieg bis 1972. Durch die Bombardierung mit chemischen Waffen wurden der Landwirtschaft große Schäden zugefügt und ganze Wälder vernichtet – außer den vielen Opfern an Menschenleben. Dennoch wurde Vietnam nicht besiegt, die US-Truppen wurden abgezogen und 1976 wurde die Vereinigte Sozialistische Republik Vietnam gegründet und besteht bis heute.

Das heißt, das Kriegsziel, nämlich ein dem Westen verbundenes Vietnam als Stützpunkt gegen China zu etablieren, wurde nicht erreicht und diese Strategie war gescheitert.

Schauen wir nach Irak. Dort erfolgte 1972 die Verstaatlichung der von den USA kontrollierten Petrol Company. 1978 erfolgte die Bildung einer irakisch-syrischen politischen und Wirtschaftsunion.

Aber Syrien hatte wiederum freundschaftliche und wirtschaftliche Beziehungen zu Russland. Diese Entwicklung widersprach den US-Interessen und sollte 2002 durch den völkerrechtswidrigen Überfall auf den Irak umgekehrt werden. Der Vorwand von den angeblichen Massenvernichtungswaffen in Irak ist längst international als große Kriegslüge entlarvt.

Das Kriegsziel bestand darin, eine westlich orientierte Regierung einzusetzen, den US-Einfluss in der arabischen Region zu stärken – vor allem gegenüber Syrien und Iran – und die Kontrolle über die Öl- und Erdgasreserven zu sichern. Immerhin verfügt Irak über die zweitgrößten Rohöl- und Erdgasreserven innerhalb der OPEC-Staaten.

Herausgekommen ist ein Staatswesen, in welchem die früher herrschende sunnitische Elite durch die regierungs- und politikunerfahrene schiitische Elite mit einem schwachen Präsidenten abgelöst wurde. Im Nordosten sind große Landesteile von Kurden bewohnt, die nach Selbstbestimmung streben. Das wiederum ruft die Türkei auf den Plan. Im Norden des Irak sind beträchtliche Landesteile durch die vereinigten Terrormilizen des sogenannten IS besetzt.

Das heißt, die auf das Kriegsziel hin angelegte US-Strategie ist völlig gescheitert und übrig ist Chaos! Jürgen Todenhöfer kommentiert das so: "Die USA haben den Irakkrieg schlicht und ergreifend verloren. Aber mit mithilfe ihrer Dollargeschenke konnten sie wenigstens ihr Gesicht wahren."

Jetzt zu Afghanistan. 1996 übernehmen die Taliban die Macht in Kabul. Sie errichteten ein streng islamisches Regime, arbeiteten eng mit El Quaida unter Osama bin Laden zusammen und sind laut UNO-Statistiken der international größte Opiumproduzent und -händler. Mit dem Argument "Krieg gegen den Terrorismus" begannen 2001 heftige Luftangriffe der USA und danach die Besetzung unter Einbeziehung solcher NATO-Partner wie die BRD.

Das Kriegsziel bestand in der Errichtung einer bürgerlichen Demokratie, in der Vertreibung der Taliban und der Liquidierung von Opiumproduktion und Opiumhandel. Nach vielen Jahren Krieg und Besetzung gibt es heute keine funktionsfähige Demokratie, die Taliban sind im Kontakt mit den Terrormilizen des IS stärker als zu Beginn und Produktion und Handel mit Drogen blühen nach einem kurzen Tief wieder wie eh und je.

Die bereits auf Abzug vorbereiteten Truppen verlängern daher ihren Aufenthalt.

Die von der Bundesregierung erfolgte Kennzeichnung Afghanistans als sicheres Herkunftsland von Flüchtlingen ist lächerlich. Die UNO hat veröffentlicht, dass es 2015 in Afghanistan 3545 Todesopfer und 7457 Verletzte gab, dass dies im wesentlichen Zivilisten waren und dass dies die höchsten Jahreszahlen seit 6 Jahren sind.

Auch hier also: Kriegsziel nicht erreicht, Strategie gescheitert.

Über die Ukraine ist so viel gesagt und geschrieben worden, dass ich hier Einzelheiten erspare. Ich stelle nur gegenüber einerseits das Ziel der Aktion und andererseits ihr Ergebnis. Das Ziel bestand darin, die Ukraine aus ihrer Beziehung zu Russland herauszulösen, in das westliche Bündnissystem einzuordnen und eine starke Ukraine als Bollwerk gegen Russland einzurichten. Herausgekommen ist ein Staat, der wirtschaftlich deutlich geschwächt ist, finanzpolitisch absolut kreditabhängig ist, auf dessen Territorium eine starke Unabhängigkeitsbewegung entstanden ist und dort bürgerkriegsartige Auseinandersetzungen stattfinden.

Am schmerzlichsten für die Ukraine und ihre westlichen Förderer ist der komplette Verlust der Krim. Und da ihre Einverleibung durch Russland absolut friedlich und mit starker Unterstützung der dortigen Bevölkerung erfolgte, ist der Respekt vor Russland – ungeachtet der gegenläufigen Propaganda – durch diesen Coup international gestiegen.

Auch hier also ein Resultat, bei dem die negativen Aspekte gegenüber der Zielstellung deutlich überwiegen.

Bevor ich jetzt zu Syrien als dem Hauptfeld heutiger militärischer Aktivitäten komme, ist eine Zwischenbemerkung angebracht. Vielleicht denkt jetzt mancher, diese Fälle kennen wir doch - der eine spezieller, der andere allgemeiner - wozu sie noch mal aufzählen?

Dazu zwei Gesichtspunkte:

Erstens werde ich zu den Konflikten im Nahen und Mittleren Osten einige Fakten, Informationen und Gedanken hinzufügen, die vermutlich nicht jedem bekannt sind.

Zweitens aber geht es mir nicht um die Einzelfälle, sondern um ihre Wechselbeziehung, um ihre Einordnung in die historische Entwicklung, um die Erkenntnis ihrer Widersprüchlichkeit und einer Gegentendenz angesichts der vorhandenen Gefahren. Erst so werden Schlussfolgerungen möglich, die am Ende zu ziehen sind.

Die Problematik um Syrien begann schon 1967 mit dem Überfall Israels mit Billigung der USA. Daraus entstand die Annexion der Golan-Höhen, die Besetzung des West-Jordan-Landes und es erfolgten mehrfache Bombardements sowie Artilleriebeschuss syrischen Gebiets.

Da sich Russland gegen diese israelischen Aktivitäten positionierte, schloss Syrien 1980 einen Freundschaftsvertrag mit der UdSSR ab und stellte ihr den Hafen Tartuz als Flottenbasis, Transportweg und Handels- trasse zur Verfügung.

Solch den US-Interessen entgegenstehendes Verhalten zeigte Syrien auch während des Krieges der USA gegen den Irak, indem es der Bevölkerung in blockierten Gebieten humanitäre Hilfe durch Lebensmittelsendungen und Medikamente leistete.

Diese Entwicklung zeigt Syrien in ständigem Widerspruch zur US-Strategie. Das ist eine der Ursachen für die ständige westliche Forderung nach Auswechselung der Assat-Regierung. Hinzu kommt, dass durch die Verbindung von Assat mit Russland und Iran ein Komplex entsteht, durch den der amerikanische Einfluss in dieser Region zurückgedrängt wird. Und schließlich geht es auch hier um die Kontrolle über das syrische Öl und Gas sowie um Transportwege.

In diesem Konfliktfeld ist eine weitere Spezifik des Nahen und Mittleren Ostens erkennbar. In dieser Region operieren vielerlei islamischer, mohammedanischer terroristischer Gruppierungen. Die stärksten davon sind El Nusra – in Syrien, El Quaida (auch ohne Osama Bin Laden), Salafisten (von Ägypten her), und es gibt darüber hinaus Dihadisten, Takfiri, Front des Beistands, Befreier Syriens u.a. Diese Gruppierungen sind radikal-islamisch orientiert und erhalten daher von dem ebenfalls radikal-islamisch verfassten Saudi-Arabien Nachschub von Waffen, Finanzen und Personal. Das hängt u.a. damit zusammen, dass Syrien der einzige säkulare Staat im arabischen Raum ist.

Dieser Nachschub und die Ausrüstung der Terrorgruppen – nicht nur von den Saudis, sondern auch von den Emiraten, von Qatar und Kuwait – wurde entlang der ca. 1000 km langen Grenze der Türkei nach Syrien und Irak geschleust. Das lief vorrangig über Anatolien und die Provinz Hatay. Ankara machte demgegenüber beide Augen zu und hielt die Grenze absichtlich durchlässig.

Weshalb aber diese damalige Unterstützung der Terroristen? Der Hintergrund dafür ist von doppelter Art. Politisch geht es der Türkei im Bündnis mit Saudi-Arabien um die Herauslösung Syriens aus den freundschaftlichen Beziehungen zu Russland, dem Iran und auch China. Es geht um die Einschränkung der gewichtigen Rolle Syriens im arabischen Raum. Wirtschaftlich geht es um die Transportwege für Öl und Gas, denn der Iran braucht die Verbindung zu den Mittelmeerhäfen über Irak, Syrien und Libanon.

Nach dieser Einschleusung terroristischer Gruppen nach Syrien und Irak passierte etwas Unerwartetes: sie begannen, sich unter dem Dach von El Quaida – der stärksten unter ihnen – zusammenzuschließen. Daraus entstand 2006 die Ausrufung des sogenannten Islamischen Staates (I.S.) als Kalifat. Alle aus dieser Gründung einer radikal-islamischen Struktur folgenden militärischen, völkerrechtswidrigen, menschenfeindlichen und terroristischen Aktivitäten sind letztlich unmittelbar durch die Türkei, Saudi-Arabien und Qatar mit zu verantworten und wurden längere Zeit von den Westmächten toleriert. Die Attentate in Paris, in Brüssel, in Istanbul, in Ankara, in Damaskus, in Tunis, auf Djerba u.a. schlugen auf die ursprünglichen Förderer des Terrorismus zurück.

Die rasch erreichte militärische Stärke des IS zeigt sich daran, dass er in wenigen Monaten ein Staatsgebiet in der Größe von Großbritannien mit sechs Millionen Bewohnern unter seine Kontrolle gebracht hat. Als seine Hauptstadt wurde die auf irakischem Gebiet liegende 2-Mio-Stadt Mosul etabliert. Der IS kontrolliert damit die „Strategische Pipeline“ des Irak in die Türkei, d.h. eine Lebensader der irakischen Ölindustrie.

Obwohl die irakische Armee mit amerikanischer und russischer Unterstützung einige militärische Erfolge erzielen und z.B. die nur 50 Kilometer westlich der irakischen Hauptstadt Bagdad liegende Stadt Falludscha zurück erobern konnte, ist die Gefahr keineswegs vorüber.

Der IS strebt nach internationaler Ausdehnung eines „Gottesstaates“ und will mit den genannten Attentaten seine Fähigkeit dazu beweisen. In einer offiziellen und veröffentlichten Ansprache des Sprechers des Kalifen rief Abu Mohammed Al Adnani die Muslime der westlichen Länder dazu auf, gegen die nicht muslimische Bevölkerung der westlichen Länder Gewalt anzuwenden.

In einer anderen Rede wandte er sich direkt an Obama und die Westmächte: „Ihr könnt alle kommen, wir werden bereit sein. Unser Tod wird das Märtyrertum sein, und euer Tod wird die Hölle sein. Wir wissen, dass wir siegen werden“.

In einem Interview mit einem namhaften Repräsentanten des Kalifats wies der Reporter darauf hin, dass der IS ja kein regulär gegründeter Staat mit entsprechenden Strukturen (z. B. Verfassung, Staatsgrenzen u.ä.) sei. Die Antwort bestand in zwei Punkten: 1. Unsere Verfassung ist die Scharia; 2. Unser Staat hat keine Grenzen, sondern nur Fronten, die wir ständig nach vorn verschieben werden!

Auf dieser Position beruht z.B. Folgendes: Libyen versank nach Gaddafi in Chaos mit vielerlei militärischen Gruppierungen und zwei rivalisierenden Regierungen. In dieses Machtvakuum stieß der IS vor, verfügt heute über ca. 4.000 bis 6.000 IS-Kämpfer dort und besetzt einen ca. 200 km breiten Küstenstreifen zwischen Sirte und Nufalija. Von da aus werden libysche Ölfelder überfallen und Anfang dieses Jahres wurde ein Ausbildungslager der libyschen Küstenwache gestürmt – Bilanz 70 tote Kadetten. Von hier aus wurden die Attentate in Tunis und auf der tunesischen Halbinsel Djerba organisiert. Das Ziel besteht darin, aus Libyen und Tunesien einen gemeinsamen Gottesstaat als Teil des IS zu bilden.

Im Herrschaftsgebiet des IS erfolgt die Gesellschaftsgestaltung nach den Regeln der Scharia. Die Scharia enthält die Lebensregeln und das Strafgesetz des radikalen Islamismus.

Konkret bedeutet das ein strenges Verbot von Rauchen, Alkohol, Unterhaltungsmusik, Homosexualität und Autofahrverbot für Frauen. Bei Diebstahl im Wert von unter 40 Dollar gibt es zehn bis zwanzig Stockhiebe, bei über 40 Dollar wird die Hand abgehackt. Bei Ehebruch erfolgt öffentliche Steinigung bis zum Tode. Bei Vergewaltigung gibt es 100 Stockhiebe.

Aber nun leben im jetzigen Herrschaftsgebiet des IS auch jüdische Gemeinschaften, es gibt christliche Siedlungen und es wohnen auch gemäßigte moslemische Familien dort, die sich nicht dem radikalen Islam anschließen. Für diese Bürger hat der IS folgende Regelungen parat: Jüdische und christliche Bürger können mit ihren Familien weiterhin dort leben und arbeiten, wenn sie dem IS eine jährliche Schutzsteuer zahlen. Es gibt zwei Kategorien. Für arme Familien sind pro Jahr und pro Person 300 Dollar zu zahlen. Für begüterte Bürger pro Jahr und pro Person 600 Dollar. Dann stehen sie unter dem Schutz des Kalifats.

Anders liegt es bei den gemäßigten Muslimen, die nach den Prinzipien des säkularen syrischen Staates leben wollen. Für sie gibt es nur drei Möglichkeiten. Entweder sie verlassen dieses Gebiet und entziehen sich dem Zugriff des IS. Oder sie konvertieren zum radikalen Islam und werden damit akzeptiert. Falls sie dazu nicht bereit sind, werden sie als Abtrünnige betrachtet, als Verleugner des wahren Glaubens, als Ignoranten gegenüber den Gesetzen Allahs. Darauf steht der Tod. Also flüchten, konvertieren oder sterben.

Die Praktizierung dieser u.ä. Regelungen erfordert keine juristische Ausbildung. Die in den vom IS besetzten Gebieten vorher tätigen Richter wurden davon gejagt oder exekutiert. Der Vorwurf: sie haben die staatliche Gesetzgebung über die Gesetze Allahs gestellt. An ihre Stelle wurden in Moscheen ausgebildete Prediger gesetzt.

Es gäbe noch viel über die Herrschaftsformen im "Gottesstaat" zu sagen, aber das ist hier nicht mein Thema.

Mir kommt es auch bei diesem Konfliktfeld auf Folgendes an:

1. Die US-Strategie, Syrien mit seinen Öl- und Gasvorkommen sowie wegen der Transportwege unter imperialistischen Einfluss zu bringen und dies mit einem Regimewechsel zu verbinden, ist gescheitert.
2. Stattdessen ist mit dem IS ein neuer Gegner mit internationaler Dimension und terroristischer Aktivität entstanden.
3. Völlig entgegen der US Strategie hat die Ausdehnung dieses Konflikts dazu geführt, dass sich Russland, Iran und China gemeinsam und verstärkt für die Aufrechterhaltung der regulär

gewählten Regierung und die Selbstbestimmung des syrischen Volkes engagieren.

In diesen Zusammenhang gehört noch etwas, was der westlichen Strategie völlig zuwider läuft. Im Schatten dieser Konflikte beendet die Türkei die Ruhephase mit den Kurden und beginnt einen brutalen Bürgerkrieg gegen die kurdisch-stämmige türkische Bevölkerung. Im gleichen Atemzug werden Bürgerrechte abgebaut, wird die Pressefreiheit stark eingeschränkt und eine Präsidentschaftsdiktatur vorbereitet. Diese Entwicklung entspricht keineswegs der westlichen Vorstellung von bürgerlicher Demokratie und Parlamentarismus und verläuft also in ganz anderer als der vom Westen gewollten Richtung.

Am Rande: die Türkei strebt seit langem mit zunehmender Intensität eine Aufnahme in die EU an. Die EU behandelt dies mit vorsichtigem Wohlwollen. Aber angesichts der innenpolitischen Entwicklung der Türkei und ihrer militärischen Gewaltanwendung gegen die kurdische Bevölkerung hat nun die EU außer ihrem britischen Problem auch ein türkisches, denn eine EU-Erweiterung durch Aufnahme der Türkei rückt damit in weiteste Ferne. Auch das war von der europäischen Großbourgeoisie so nicht erwartet und vorgesehen.

Ein weiterer Minuspunkt zeigt sich bei allem, was sich in und um Iran abspielt. Viele Jahre haben die USA gemeinsam mit Israel den Iran des Atombombenbaus verdächtigt und Sanktionen verhängt. Netanjahu hat mehrfach versucht, eine militärische Aktion gegen Iran zu provozieren. Unter internationalem Druck mussten die USA ihre Strategie wechseln und einem internationalen Vertrag mit Iran zustimmen. Die Sanktionen werden schrittweise zurückgefahren – Netanjahu kocht!

Mehr noch: Irans Präsident Ruhani wurde vom Papst empfangen. Erstmals besuchte ein chinesischer Staatspräsident Teheran. Xi Jinping unterschrieb 17 Wirtschaftsverträge, darunter den Bau von zwei Kernkraftwerken im Iran und umgekehrt wurde die langfristige Lieferung iranischen Öls nach China vereinbart.

Nun kann sich auch die deutsche Bundeskanzlerin dem internationalen Sog einer Normalisierung der Beziehungen zum Iran nicht mehr entziehen. Lange hat sie Kontakte mit Iran verweigert. Jetzt berichtet "Der Spiegel" mit Bezugnahme auf Regierungskreise, dass Steinmeier

und Gabriel seit längerem drängen, dem internationalen Trend nachzugeben. Auch die Wirtschaft übt Druck auf das Kanzleramt aus. Daher wird vermutlich noch in diesem Jahr der iranische Präsident Hassan Ruhani nach Berlin eingeladen. Damit hat auch einer der gewichtigsten Verfechter der westlichen Strategie gegenüber Iran diese Position aufgeben müssen.

Apropos Netanjahu: Viele Jahrzehnte genoss seine Politik der Besetzung Palästinas, der Annexion palästinensischer Gebiete und des Westjordanlandes die Unterstützung der USA. Auch hier hat sich der Wind gedreht. Obama hat Netanjahu zur Mäßigung gemahnt und sich hinter eine Zweistaatenlösung gestellt. Demgegenüber erklärte Netanjahu auf der Jahreskonferenz der proisraelischen Lobbyorganisationen Aipac am 22. März diesen Jahres in Washington, er hoffe, dass die USA auch künftig alle UN-Resolutionen verhindern würden, in denen die Gründung eines palästinensischen Staates gefordert werden.

Auf welchem verlorenem Posten der israelische Staatschef mit dieser Position steht, zeigen Vorgänge, die deutlich über die vorsichtigen Mahnungen Obamas hinausgehen. Dies gilt für den Generalsekretär der UNO Ban Ki Moon. Vor dem Sicherheitsrat der UNO sagte er: "Die Enttäuschung der Palästinenser wächst unter dem Druck eines halben Jahrhunderts der Besetzung und der Lähmung des Friedensprozesses. Entfremdung und Verzweiflung steht hinter den Taten einiger Palästinenser. Für Fortschritte in Richtung Frieden muss Israel seine illegalen Siedlungsvorhaben einfrieren".

Eine solch scharfe und auf hoher Ebene erfolgende Kritik der israelischen Annexions- und Kolonialisierungspolitik gab es bisher noch nicht! Die Formulierung des Generalsekretärs der UNO enthält drei wesentliche Feststellungen. Erstens, dass auf dem palästinensischen Volk ein halbes Jahrhundert der Druck von Besetzung und Lähmung des Friedensprozesses liegt und wächst. Zweitens, dass Entfremdung und Verzweiflung hinter den Taten einiger Palästinenser steht - wohlgemerkt: nicht der Palästinenser, sondern einiger! Und drittens, dass die israelischen Siedlungsvorhaben illegal und einzufrieren sind.

Ungeachtet dessen hat Israel den Bau weiterer hunderter Siedlerwohnungen genehmigt. Daraufhin hat Ban Ki Moon durch seinen

Sprecher Stéphane Dujarric erklären lassen, diese Maßnahme werfe "legitime Fragen nach den langfristigen Absichten Israels" auf. Ban ließ nochmals betonen, dass dieser Siedlungsbau nach internationalem Recht illegal sei und rief die israelische Regierung dazu auf, Im Interesse des Friedens davon abzusehen. Das wird ergänzt durch folgenden Vorgang: Ende Juni 2015 erfolgte in Rom die Unterzeichnung eines Staatsvertrages zwischen dem Vatikanstaat – dessen Oberhaupt der Papst ist – und dem Staat Palästina. Damit wird Palästina vom Vatikanstaat und vom Papst offiziell als Staat anerkannt. Damit gerät das amerikanische Ziehkind Israel weiter in die internationale Isolierung. Da dies vor etwa fünf Jahren so noch nicht möglich gewesen wäre, ist das ebenfalls ein Hinweis auf die Richtung der internationalen Entwicklung.

Ein kurzer Blick auf Südamerika zeigt auch dort einen deutlichen Einflussverlust der USA. Die Spannweite geht von dem Fehlversuch in der Schweinebucht (1961) über die antiimperialistischen Bewegungen in einigen südamerikanischen Ländern bis zum Besuch von Obama bei Raul Castro.

Als Protest gegen die amerikanische Wirtschaftspolitik wurde 2004 auf Initiative von Fidel Castro und Hugo Chavez die "Bolivarische Alternative für die Völker unseres Amerikas" (ALBA) gegründet. Diesem antiimperialistischen Staatenbund gehören inzwischen zwölf Staaten der Region an.

Seit 2010 besteht die "Lateinamerikanische und Karibische Staatengemeinschaft" (CELAC), der 33 Mitgliedsländer angehören.

Peter Scholl-Latour hat dies zusammenfassend so gekennzeichnet: "Frappierend ist die Tatsache, dass die USA zwar dank ihrer perfekten Spionagetechnologie in der Lage sind, jedes vertrauliche Gespräch abzuhören, jeden potentiellen Gegner exakt zu positionieren, jedoch aufgrund des Mangels an "human intelligence", ihrer Unfähigkeit, sich in die Mentalität fremder Kulturen zu versetzen, einen Rückschlag nach dem anderen einstecken mussten."

Diese antikapitalistische Entwicklung in einigen südamerikanischen Ländern vollzieht sich natürlich nicht ohne Widerstand der einheimischen Bourgeoisie sowie ausländischer neoliberaler Wirtschaftskräfte. Wir kennen die Auseinandersetzungen um die Wiederwahl von Evo Morales, um den Führungsstil von Moduro sowie die Intrigen gegen die Präsidentschaft von Dilma Rouseff. Hinzu kommt eine gewisse

Enttäuschung, weil die erfolgreich angelaufenen Sozialprogramme ins Stocken geraten sind, da durch den weltweiten Absturz der Öl- und Gaspreise dem Staat große Verluste entstanden sind.

Das Ganze fällt unter die Rubrik Klassenkampf. Aber ungeachtet des Ausgangs bleibt gültig, dass diese Länder in einem langwierigen Prozess erfolgreich erste Schritte getan haben, womit die bis dato diesbezügliche imperialistische Strategie gestoppt wurde.

Diese auf diesen Konfliktfeldern erkennbare Gegenteilstendenz zu den imperialen Interessen der USA wird durch einen weiteren Vorgang ergänzt und erweitert. Ein Teil der Weltgemeinschaft beginnt, diese imperialistische Strategie zu durchschauen und zu erkennen, dass dies für ihre Länder zu zunehmender Abhängigkeit, sozialem Niedergang und kriegerischer Gefährdung führt. Daraus verstärkt sich seit einigen Jahren schrittweise die entsprechende Gegenteilstendenz. Zunächst gab es nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des Warschauer Paktes eine unipolare Weltstruktur. Die USA beherrschten mit ihren Verbündeten die globalisierte Welt. Inzwischen hat sich Russland erholt, hat seinen Nationalstolz wieder entfaltet und in geschickter Verbindung von Politik und einflussreicher orthodoxer Kirche einen wieder starken Staat entwickelt. Es ist nach wie vor eine Atommacht und besitzt seinen Weltraumbahnhof Baikonur in Kasachstan, dem jetzt noch ein weiterer hinzugefügt werden wird. Wirtschaftlich, politisch und militärisch ist die russische Föderation wieder zu einem internationalen Machtfaktor geworden.

Daneben hat China lange Zeit ohne großes Aufsehen seine Kraft entfaltet. Es hat den Hunger beseitigt, eine starke Industrie aufgebaut, ist ein bedeutsamer Exporteur und ein wichtiger Partner für Entwicklungsländer und Entwicklungshilfe geworden. China ist wie auch Russland Vetomacht im Sicherheitsrat der UNO. Durch seine Flächenausdehnung, seine Bevölkerungszahl und die mit beidem verbundene militärische Stärke ist China im Grunde unangreifbar. Interessant ist, wie Scholl-Latour dies zuspitzte: "War das 19. Jahrhundert das Saeculum Großbritanniens und das 20. Jahrhundert das der USA, so wird das 21. von China dominiert".

Durch das Zusammenwirken der Atommacht Russland und der Großmacht China in vielen internationalen Grundfragen ist die unipolare Herrschaft der USA beendet und es besteht wieder Bipolarität.

Auf diesem Hintergrund vollziehen sich weitere Veränderungen. In Südostasien haben sich zehn Länder zu einer Wirtschaftsgemeinschaft zusammengeschlossen: ASEAN. Dazu gehören Laos, Kambodscha, Myanmar, Vietnam, Indonesien, Thailand, Singapur und die Philippinen. Anfang Februar 2016 lud Obama die zehn Regierungschefs zu einer Beratung um diese ASEAN-Staaten in die amerikanische Freihandelspolitik einzubeziehen, sie gegen China in Stellung zu bringen und die US-Vorherrschaft in der Asiatisch-Pazifischen Region zu erhalten.

Das ist fehlgeschlagen. Die ASEAN-Staaten haben stattdessen ein Freihandelsabkommen mit China abgeschlossen und halten sich an die 2015 gegründete Asiatische Infrastruktur-Investmentbank. Diese Bank agiert kontra Weltbank und IWF.

Auf Initiative Russlands wurde vor 15 Jahren die Shanghai-Organisation für Zusammenarbeit (SCO) gegründet. Die Gründungsmitglieder waren die Staatschefs von Russland, China, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan. Diese Organisation für regionale Zusammenarbeit wurde von der UNO offiziell anerkannt. Der SCO gehören derzeit 18 Mitglieder, Beobachter und Gäste an. Dazu gehören auch Indien und Pakistan. So entwickeln sich auch hier soziale und friedenspolitische Kräfte, die sich in organisierter Form und auf staatspolitischer Grundlage der imperialistischen Weltherrschaftsstrategie entgegenstellen.

Von beträchtlicher Bedeutung ist die Bildung der BRICS-Staaten: Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika.

Brasilien ist die bevölkerungsreichste und wirtschaftlich stärkste Macht Südamerikas. Indien ist dies im indonesischen Raum und es wirken noch die Traditionen von Mahatma Ghandi. Südafrika ist afrikanische Führungsmacht auf den Schultern von Nelson Mandela. Hinzu kommt, dass es eine BRICS-Entwicklungsbank gibt, dass die chinesische Währung 2016 in den internationalen Devisenkorb als Weltreservewährung neben Dollar, Euro, Pfund und Yen aufgenommen wird und dass damit die BRICS-Staaten nicht nur allgemein wirtschafts- und handelspolitisch, sondern auch finanzpolitisch eine zunehmend wichtige Rolle spielen.

Die wirtschaftlichen Möglichkeiten, direkten politischen Interessen und finanziellen Chancen der einzelnen Länder dieser verschiedenen Zusammenschlüsse sind natürlich sehr differenziert und mitunter auch widerspruchsvoll. Aber allen gemeinsam sind drei Hauptziele:

1. Es geht allen um nationale Souveränität, um Selbständigkeit und Unabhängigkeit – vor allem gegenüber US-amerikanischer Einflussnahme und Bevormundung.
2. Es geht allen um sozialen Fortschritt, um die Verbesserung der Lebensverhältnisse in ihren Ländern.
3. Es geht allen darum, zur Verwirklichung dieser Ziele bei sich und ihren Nachbarn friedliche Verhältnisse herzustellen und zu erhalten, also Friedenssicherung zu erreichen.

Diese gemeinsamen Zielstellungen stehen in flagrantem Widerspruch zu den Weltherrschaftsplänen der USA. Dabei vergessen wir keine Sekunde, dass die Kriegsgefahr noch gewaltig ist. Wir wissen, dass ein verwundetes Raubtier, das in seinen Bewegungsmöglichkeiten eingeschränkt wird, an Aggressivität und Gefährlichkeit zunimmt! Die Bändigung dieses Raubtiers erfordert, dass sich alle fortschrittlichen Kräfte darum bemühen, die bereits erkennbare Gegenteilstendenz zu stabilisieren und zu verstärken. Die dafür erforderliche politische, diplomatische, wirtschaftliche und falls nötig verteidigungsmäßige Kraft ist durchaus vorhanden.

Diese Entwicklungen schaffen die Möglichkeit, die militärische Durchsetzung imperialistischer Interessen zunächst zu be- und später zu verhindern. Damit wächst die Chance, der Weltgemeinschaft eine friedliche Zukunft zu sichern

Natürlich geht diese Entwicklung nicht geradlinig vor sich, ist mit Widersprüchen behaftet und mit Auf und Ab. Aber die generelle Linie dieser historischen Tendenz ist erkennbar! Es ist sichtbar, dass nach der Auflösung des "sozialistischen Lagers" eine unipolare Weltstruktur bestand – mit der USA an der Spitze – und dass dies nach der Erholung Russlands und nach der Entwicklung Chinas wieder in eine bipolare Weltstruktur überging. Aber durch die Entstehung neuer wirtschaftlicher und politischer Verbindungen und Gemeinschaften auf fast allen Kontinenten ist die Weltpolitik auf dem Wege zu einer multipolaren Weltstruktur. "Auf dem Wege" heißt eben: noch nicht angekommen, aber unterwegs mit klar erkennbarem Ziel. Und sicher ist auch, dass eine

multipolare Welt mit vielerlei Zentren, Gemeinschaften und Bündnissen, aber mit den drei genannten gemeinsamen Grundzielen sehr viel erfolgreicher imstande sein wird, noch bestehende Herrschaftscliquen mit ihrem Streben nach Maximalprofit daran zu hindern, ihre Interessen mit wirtschaftlichem Druck oder militärischer Gewalt durchzusetzen.

In dieser Entwicklung liegen die Chancen auch für unsere Zukunft. Es gilt, diese dem imperialistischen Weltherrschaftsstreben entgegengesetzte Entwicklungstendenz mit dialektischem Blick zu erkennen. Es gilt die säbelrasselnde Aggressivität von USA und NATO nicht aus Überlegenheit, sondern aus Sorge um Überlegenheit, aus Furcht vor internationalem Einflussverlust abzuleiten. Es gilt, diese Widersprüchlichkeit des langfristigen historischen Prozesses zu durchschauen und sich nicht in Fatalismus, Pessimismus und Lethargie treiben zu lassen. Die daraus abzuleitenden Erkenntnisse sind die Grundlage für jenen historischen Optimismus, aus dem wir unsere Kraft schöpfen - unsere Kraft, die wir dringend brauchen und voll einsetzen für die Durchsetzung des historischen Fortschritts!

Einige Schlussbemerkungen

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde!

Wir haben nachgedacht über die nach wie vor bestehenden Gefahren für unsere heutige Welt - aber auch über die Chancen, durch wachsenden antiimperialistischen Widerstand und multipolare Entfaltung diese Gefahren immer besser bannen zu können.

Dennoch bleibt die Frage, ob und wie die endgültige Überwindung des kapitalistischen Systems und der Aufbau einer sozialistischen Ordnung vor sich gehen kann.

Die Notwendigkeit der Überwindung des herrschenden kapitalistischen Systems steht vielerorts nicht mehr in Frage. Repräsentativ dafür verweise ich auf den namhaften schweizerischen Ökonomen Jean Ziegler. Er war acht Jahre Sonderberichterstatter der UNO für das Recht auf Nahrung und Vizepräsident des beratenden Ausschusses des UNO-Menschenrechtsrates, das heißt keinesfalls Linksradikaler oder Extremist. Sein Buch „Ändere die Welt“ trägt den Untertitel: „Warum wir die kannibalische Weltordnung stürzen müssen“.

Wohlgemerkt: "stürzen", nicht verbessern oder gestalten. Mit vielerlei Fakten demonstriert er die Berechtigung, dieses System „kannibalisch“

zu nennen. Aber wie kann sich der Sturz dieser „kannibalischen“ Ordnung vollziehen?

Die von mir gekennzeichnete antiimperialistische Gegentendenz führt schon jetzt dazu, dass sich verschiedene Länder und Völkerschaften immer stärker aus den wirtschafts- und finanzpolitischen Fesseln des internationalen Großkapitals lösen.

Jean Ziegler definiert das so: "Gegen die weltweite Diktatur des globalisierten Finanzkapitals ... erhebt sich heute ein neues geschichtliches Subjekt: die weltweite Zivilgesellschaft".

Ich halte es für wahrscheinlich, dass sich die sich entwickelnden Bündnisse, Wirtschaftsgemeinschaften, nationalen Vertragspartnerschaften mit ihrem Unabhängigkeitsstreben und friedenspolitischer Orientierung weiter konsolidieren.

Auf dieser Grundlage entsteht notwendigerweise die Frage nach der weiteren Gestaltung der Gesellschaftsstrukturen. Gemäß den jeweiligen politischen Kräfteverhältnissen entsteht die Möglichkeit, progressive soziale Verhältnisse zu entwickeln, etwa gemäß dem international immer stärker wirksam werdenden Beispiel Chinas. Das wird in verschiedenen Ländern und Regionen unterschiedlich und auch widersprüchlich vor sich gehen. Es wird auch Fälle geben, in denen die einheimische Bourgeoisie die Gestaltung eines nationalen sozialstaatlichen Kapitalismus anstrebt. Langfristige historische Prozesse verlaufen nie geradlinig und eindimensional. Die gegenwärtige Entwicklung verläuft jedenfalls seit einigen Jahrzehnten und jetzt in zunehmendem Maße in antiimperialistischen Bahnen. Die konkrete Durchsetzung wird von den dann wirkenden Generationen entschieden.

Dieser Prozess wird also nicht in den hochentwickelten Ländern vom Industrieproletariat begonnen, wie Marx das erwartete. Es wird in den schwachentwickelten Ländern, der sogenannten Peripherie, begonnen, wie Lenin das praktiziert und vorausgesagt hat. Gültig bleibt aber die Marx'sche Erkenntnis, dass bei alledem die Grundfrage die des Eigentums an den Produktionsmitteln und die der politischen Macht bleibt.

So rundet sich unser Thema ab von den Gefahren, die uns immer noch drohen und denen wir uns mit aller Kraft entgegenstellen müssen, bis zu den Chancen für unsere Zukunft, die wir erkennen müssen und an deren Gestaltung wir nach Maßgaben unserer Möglichkeiten und Kräfte teilnehmen!

Frieden mit Russland - Verständigung in Europa - Nein zu Faschismus und Krieg

Beschluss der 1. Tagung des 5. Parteitages der Partei DIE LINKE am 28. und 29. Mai 2016 in Magdeburg

Vor 75 Jahren, am 22. Juni 1941, überfiel das faschistische Deutschland die Sowjetunion. 153 Divisionen der Wehrmacht mit 3 Millionen Soldaten fielen über das Land her. Hinzu kamen Soldaten der mit Hitler-Deutschland verbundenen Staaten Rumänien, Ungarn, Finnland, Slowakei und Italien. Knapp vier Jahre kämpfte die Rote Armee gemeinsam mit den anderen Alliierten und dem antifaschistischen Widerstand in ganz Europa gegen diese Barbarei. Die Sowjetunion trug die Hauptlast bei der Zerschlagung des Faschismus. 27 Millionen Sowjetbürger wurden Opfer des Vernichtungskrieges. 14 Millionen Zivilisten, darunter 2 Millionen sowjetische Juden, überlebten die faschistische Barbarei ebenso wenig, wie 2 Millionen sowjetische Kriegsgefangene.

8 von 10 in Sowjetrußland am Ende des 1. Weltkrieges geborene Männer wurden Opfer des Krieges. Allein die Blockade von Leningrad kostete über 1 Million Menschen das Leben. In Belarus wurden 628 Dörfer dem Erdboden gleichgemacht und die Einwohner bestialisch ermordet. Die Wehrmacht hinterließ 2 Millionen Quadratkilometer verbrannte Erde.

So monströs diese Zahlen sind, bleiben sie doch fast hilflos gegenüber dem unfassbaren Leid, das der rassistische Vernichtungskrieg verursacht hat. Unterstützt und mit geplant war er von den Größen der deutschen Industrie und der Banken, die die Machtübernahme der Faschisten gefördert und von ihr profitiert haben. Sie haben Hitler finanziert und seine Propaganda verbreitet, die Kriegsgefangenen haben sie als Sklaven gehalten und ausgebeutet, sie haben die Waffen an die Ostfront geliefert und die Särge gleich mit. Sie wussten, was sie taten und sie kannten die Methoden der Kriegsführung.

Im "Hungerplan" des faschistischen Deutschlands und im Generalplan Ost wurde der Hungertod von Millionen Menschen einkalkuliert.

Der Politik der verbrannten Erde fielen 6 Millionen Gebäude zum Opfer; 25 Millionen Menschen wurden obdachlos. 31.850 Betriebe, in denen 4 Millionen Beschäftigte einen Arbeitsplatz hatten und 98.000 Kolchosen wurden gänzlich oder teilweise zerstört, ebenso ungezählte Schulen, Lehranstalten und Kultureinrichtungen.

Aus dieser finstersten Zeit deutscher Verbrechen in Europa gibt es nur eine Lehre:

Nie wieder Faschismus - Nie wieder Krieg.

Die Beziehungen zu Russland müssen dringend wieder verbessert werden

Über geschichtliche Verantwortung und die Notwendigkeit, die deutsch-russischen Beziehungen zu verbessern, muss heute geredet und nachgedacht werden. Konsequenzen aus der rapiden Verschlechterung der Beziehungen sind vonnöten. Nach Jahrzehnten des Schweigens ist endlich durchgesetzt worden, die Schoah als einzigartiges, monströses Verbrechen an den europäischen Jüdinnen und Juden anzuprangern. Das war und ist absolut notwendig und richtig. Ebenso anzuprangern ist die Vernichtung von 27 Millionen Bürgerinnen und Bürgern der Sowjetunion, von denen die meisten Russen waren. Den Respekt vor den Ermordeten, ihren Familienmitgliedern und den Überlebenden fordern wir dringend ein. Wir erwarten, dass das Trauma von Russinnen und Russen, von Bürgerinnen und Bürgern anderer ehemaliger Sowjetrepubliken angesichts der von ihnen erbrachten gewaltigen Opfer ernstgenommen wird.

Schon allein der Respekt vor den Opfern erfordert gerade von Deutschland eine Politik der zivilen Kooperation mit Russland. Gute Beziehungen zu Russland sind im Interesse aller europäischen Staaten. Gemeinsame Sicherheit in Europa muss das Interesse aller Staaten auch im Osten Europas sein. Dafür sind gute Beziehungen und eine kluge Nachbarschaftspolitik gegenüber Russland notwendig. Kollektive Sicherheit in ganz Europa kann auch dazu beitragen, den Konflikt um die Ukraine zu entspannen.

Stattdessen hat das Verhältnis zwischen Deutschland und Russland einen Tiefpunkt erreicht. Ein Cordon-Sanitaire seitens der NATO um

Russland sollte nicht Politik der Bundesregierung sein. Die Ausweitung der NATO durch weitere Mitgliedsländer auf dem Balkan und im Osten Europas kann vorhandene Konflikte weiter anheizen. Die Stationierung von Bundeswehr-Verbänden an der Westgrenze Russlands, ob zeitweilig oder dauerhaft, vertieft den Graben zwischen Russland und Deutschland. Der feindselige Ton in Medien und in der Politik muss einer Wiederannäherung, einer Entspannung der Beziehungen weichen. Wir wollen endlich wieder eine gute Nachbarschaft mit Russland und kollektive Sicherheit in Europa.

Deshalb: Sechs Vorschläge für eine zivile europäische Entspannungspolitik

Erstens: Der Versuch, Russland zu isolieren, muss zugunsten eines Systems der europäischen Sicherheit aufgegeben werden. Als erster Schritt zur Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems unter Einbeziehung Russlands muss die weitere Ausdehnung der NATO und die Stationierung von NATO-Einheiten an der russischen Westgrenze beendet werden. Die Erhöhung des Rüstungsetats der NATO-Staaten - gefordert werden 2 % des Bruttoinlandproduktes - muss gestoppt werden. Gerade jetzt, da die Kriegsgefahr durch das Agieren des westlichen Militärbündnisses gestiegen ist, muss Deutschland aus den militärischen Strukturen der NATO austreten und die Bundeswehr dem Oberkommando der NATO entzogen werden.

Zweitens: Dem Sicherheitsbedürfnis aller europäischen Staaten einschließlich Russlands ist zivil Rechnung zu tragen. Dafür bieten die Schlussakte von Helsinki 1975 und die OSZE-Charta von Paris für ein neues Europa 1990 wichtige Ausgangspunkte. In diesem Sinne soll Deutschland zur Stärkung der OSZE, deren Vorsitz die Bundesrepublik 2016 übernommen hat, beitragen. Überall in Europa muss dem Rassismus und Nationalismus entgegengetreten werden. Militärische Konfrontation ist auch ein Nährboden für Nationalismus und Rassismus, in Ost und West, in Russland wie in Frankreich und auch in Deutschland. Militärische Konfrontationen liefern die Begründung für Aufrüstung und Demokratieabbau, für die Schaffung staatlicher und nichtstaatlicher Feindbilder.

Drittens: Das Völkerrecht ist neu zu beleben. Gerade sein Bruch bei der Abspaltung des Kosovo von Serbien und die Sezession der Krim mahnen nachdrücklich dazu. Für alle Staaten in Europa muss gelten: Verzicht auf Gewalt und die Androhung von Gewalt, unbedingter Respekt der politischen und territorialen Integrität der Staaten in Europa.

Viertens: Schritte zur europäischen Entspannung sollten die Autorität der Vereinten Nationen, globale Abrüstung und Gerechtigkeit wiederbeleben. Dies kann nur gelingen, wenn ein neues Vertrauensverhältnis zu Russland aufgebaut wird. Das ist auch von grundlegender Bedeutung, um die Beendigung der Gewalt im Nahen und Mittleren Osten und ein tatsächliches Ende des Krieges in Afghanistan zu erreichen.

Fünftens: Die Ukraine braucht Frieden, Demokratie und eine Entmachtung der Oligarchen. Der Weg dorthin muss unterstützt werden. Eine militärische Lösung der schweren Krise in der Ukraine darf es dagegen nicht geben. Das Abkommen Minsk II muss eingehalten werden. Eine darin vereinbarte Verfassungsreform, humanitäre Hilfe und die Einstellung bewaffneter Feindseligkeiten sollen von der EU in Abstimmung mit Russland politisch begleitet werden. Die Ukraine soll weder der Europäischen Union noch der NATO beitreten bzw. in diese Organisationen aufgenommen werden. Nationalistische Organisationen, einschließlich sogenannter Freiwilligenbataillone sind zu verbieten und zu entwaffnen. Neofaschistische Propaganda und die Gewalt gegen Andersdenkende müssen eingestellt werden. Zum Verfassungsprozess gehört auch die Stärkung föderativer Staatselemente.

Sechstens: Die sinnvolle europäische Alternative ist ein grundlegender Kurswechsel in Richtung sozialer Gerechtigkeit, Entspannung und Frieden, von Ausbau und Vertiefung der Demokratie, Frieden mit Russland und einer nicht gewaltsamen Lösung der Ukraine-Krise. Alle politischen und wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland sind aufzuheben. Dafür sollte Deutschland in der EU die Initiative ergreifen. Sonst besteht die Gefahr eines großen Krieges in Europa, einer militärischen Konfrontation NATO/USA gegen Russland. Diese Gefahr muss erkannt und ihr muss entschieden entgegengetreten werden. Eine europäische Friedensbewegung ist heute dringend nötig.

Eine neue Konferenz für Sicherheit und Entspannung - "Helsinki plus 40" - muss in Angriff genommen werden. Diese Staatenkonferenz soll durch zivilgesellschaftliche Akteure, Friedensbewegungen, antifaschistische Organisationen und ökologische und soziale Initiativen begleitet und vorangetrieben werden. Dies zu befördern ist Aufgabe einer neuen deutschen und europäischen Ostpolitik.